

# 25 Jahre Deutsche Einheit

## Ostdeutschlands fragmentierte Integration

Zusammengestellt von Ulrich Busch und Raj Kollmorgen

Editorial	2	<i>Rainer Land</i> Generalraparatur der Weltwirtschaft Referenz und Variation zu Varoufakis „Tod des Minotaurus“	93
25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT			
<i>Joachim Ragnitz</i> Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung	5	<i>Alexander Amberger</i> Wie viel Bellamy steckt in Rudolf Bahros „Alternative“? Ein utopiegeschichtlicher Vergleich	111
<i>Raj Kollmorgen</i> Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten	17	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN	
<i>Udo Ludwig</i> Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft	34	<i>Maximilian Overbeck</i> Religion und religiöse Überzeugungen im 21. Jahrhundert. Ein Literaturbericht	123
<i>Ulrich Busch</i> Zwischen Konvergenz und Divergenz Zur Entwicklung privater Vermögen in Ost- und in Westdeutschland	50	Hans-Peter Krüger: Heroismus und Arbeit in der Entstehung der Hegelschen Philosophie (1793–1806) Rezensiert von <i>Christine Weckwerth</i>	132
<i>Yve Stöbel-Richter, Markus Zenger, Elmar Brähler, Hendrik Berth</i> Familiengründung in Ostdeutschland nach der Vereinigung	66	Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Handbuch Transformationsforschung Rezensiert von <i>Rolf Reißig</i>	136
***			
<i>Helga Schultz</i> Die neue Umverteilung und das Dilemma des Sozialstaats	78	Rolf Hecker, Angelika Limmroth (Hg.): Jenny Marx. Die Briefe Rezensiert von <i>Thomas Möbius</i>	142
		Autorenverzeichnis	146

## Editorial

Die Herstellung der deutschen Einheit durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 und den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 setzte im Osten Deutschlands einen umfassenden Adaptions-, Transformations- und Integrationsprozess in Gang, der alle Lebensbereiche erfasste. Der Vereinigungsprozess führte dabei im letzten Vierteljahrhundert nicht nur zu einer Umgestaltung der neuen Bundesländer, sondern ergriff, was in den ersten Jahren von wichtigen, vor allem westdeutschen Akteuren nicht gewollt und von vielen Beobachtern kaum gesehen wurde, die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft. Es ist historisch bedeutsam, dass dieser Prozess tiefgreifender Wandlungen friedlich, demokratisch und in wesentlichen Aspekten auch solidarisch verlaufen ist. Angesichts der vielen Fälle (semi-) autoritärer postsozialistischer Transformationen sowie gravierender, teils gewaltförmiger Konflikte um nationalstaatliche Sezessionen in Ost und West ist diese Feststellung keinesfalls banal.

Zugleich plausibilisieren vielfältige gesellschaftliche Problemlagen im Osten Deutschlands sowie im Verhältnis zwischen den alten und neuen Bundesländern, dass wichtige Ziele der Vereinigung bisher nicht oder nur unzureichend erfüllt wurden, bestimmte Integrationsdefizite bis heute bestehen und insofern der Vereinigungsprozess keineswegs abgeschlossen ist.

In den zurückliegenden Jahren bestimmten hauptsächlich die Fortschritte und Stagnationen im Einigungsprozess, die Erfolge und Misserfolge sowie die Gewinne und die Kosten des Zusammenwachsens beider Landesteile den politischen und sozialwissenschaftlichen Vereinigungsdiskurs. Dies gilt auch für unsere Zeitschrift, welche die Vereinigungsthematik mehrfach aufgegriffen und in entsprechenden

Schwerpunkten und zahlreichen Einzelbeiträgen diskutiert hat. Als Beispiele dafür können die Hefte 1/1990, 4/5-1995, 2 und 3/1996, 4/1997, 2/3-1998, 2/1999, 2/2000 sowie 5/2006 herangezogen werden. Inzwischen aber ist ein Vierteljahrhundert vergangen und vielfach ein Perspektivenwechsel zu konstatieren: Die Wahrnehmung des Umbruchs im Osten und des Vereinigungsprozesses insgesamt ist im Laufe der Zeit eine andere geworden. Seit 1990 sind neue Generationen herangewachsen, Generationen, die anders sozialisiert sind und die andere Fragen stellen als die Aktivisten und Akteure der revolutionären Ereignisse von 1989 und der Vereinigung. Zudem haben sich in der Zwischenzeit neue Probleme aufgetan, welche die alten überlagern und früher geführte Debatten obsolet erscheinen lassen. Nicht nur der globale Kapitalismus hat sich transformiert, auch die öffentlichen Wohlfahrts- und politischen Regime sind heute – nicht zuletzt im Kontext des europäischen Integrationsprozesses – andere als vor fünfundzwanzig Jahren. Neue Kulturen und Lebensstile setzen sich durch, veränderte Wahrnehmungen und Verhaltensmuster bestimmen das Bild, während tradierte Sichtweisen und Deutungsmuster an Bedeutung verlieren.

Die Menschen in Ostdeutschland sind nach 25 Jahren mehrheitlich im vereinigten Deutschland angekommen. Damit verbunden ist eine Blickverschiebung vom radikalen Umbruch zur langzeitigen Transformation, von Beitritt und einseitiger Anpassung zur Integration und gesamtdeutschen Modernisierung, von der Vergangenheit zur Zukunft, womit die Defizite und Probleme der Gegenwart anders reflektiert werden als dies in der Vergangenheit der Fall war, in der die doppelte Referenzfolie DDR und BRD die Debatten dominierte. Dieser Perspekti-

venwechsel schließt die Erkenntnis ein, dass die Konturen des vereinigten neuen Deutschlands inzwischen „gesetzt“ sind und den unhintergehbaren strukturellen, institutionellen sowie kulturellen Kontext für die weitere Gestaltung des Vereinigungs- und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bilden. Dies gilt auch da, wo im deutsch-deutschen Verhältnis unübersehbare Diskrepanzen bestehen. Hierzu gehören die unterschiedliche Dynamik der demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost und West, einschließlich stabiler und sich reproduzierender ökonomisch-sozialer Niveauunterschiede zwischen den beiden Landesteilen, eine unterproportionale Partizipation Ostdeutscher an den bundesdeutschen Eliten sowie Differenzen in den politischen, kulturellen und weltanschaulichen Werten und Normen sowie die bis heute bestehende Anerkennungsasymmetrie zwischen Ost und West.

Setzt man diese Phänomene in Beziehung zum Vereinigungsprozess, so erweisen sie sich teilweise als Ergebnis des politisch gewählten Pfades der Vereinigung (Grundmodell des Beitritts, der Inkorporation oder des Institutionentransfers), teilweise aber resultieren sie auch – und dabei sich wechselseitig verstärkend – aus allgemeinen sozialen (Verteilungs-)Mechanismen in sozial heterogenen Gesellschaften sowie säkularen Evolutionsprozessen auf nationaler, europäischer oder globaler Ebene. Eine politische „Arbeit“ an jenen Differenzen, die den Charakter sozialer Ungleichheiten tragen, bedarf nicht nur der Reflexion dieser komplexen Gründe und Entwicklungsdynamiken, sondern ist auch aufgefordert, alternative Entwicklungsziele und -szenarien zu entwerfen. Eine kritische Sozialwissenschaft kann diese Aufklärungs-, Findungs- und Abwägungsprozesse unterstützen.

In diesem Sinne wirft *Joachim Ragnitz* im einleitenden Beitrag die Frage auf, ob die den Ostdeutschen 1990 versprochene und von diesen als selbstverständlich erwartete „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in absehbarer Zukunft noch gelingen kann. Alles in allem hält es der Autor für wenig wahrscheinlich, dass es, abgesehen von einigen wenigen Agglomerationsräumen, zur wirtschaftlichen Konvergenz Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland

kommen wird. Als Gründe dafür nennt er den insbesondere technologisch begründeten, inzwischen nahezu uneinholbaren und aufgrund steigender Skalenerträge sogar zunehmenden Abstand zwischen West- und Ostdeutschland bei zentralen Indikatoren der wirtschaftlichen Leistungskraft. Hinzu kommen historische und transformationsbedingte Spezifika Ostdeutschlands, welche die wirtschaftliche Entwicklung mittel- bis langfristig ungünstig prägen. Im Resümee wird die in der Überschrift des Beitrags gestellte Frage mit „Nein“ beantwortet. Ein ernstes „Problem“ sieht der Autor hierin aber nicht. Vielmehr scheint es ihm geboten, vom Konvergenzziel Abstand zu nehmen und nach alternativen Entwicklungszielen für Ostdeutschland zu suchen, wofür er mannigfache Anregungen gibt.

Hieran knüpft ein Aufsatz von *Raj Kollmorgen* an, der die Vertretung Ostdeutscher in den bundesdeutschen Eliten seit 1990 untersucht. Unter Aufnahme und Kritik vorliegender empirischer Erhebungen und Analysen sowie auf Basis eigener Recherchen wird gezeigt, dass Ostdeutsche auch nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigung in fast allen Elite-Sektoren deutlich unterrepräsentiert sind. Zwar erhöhte sich die Zahl ostdeutscher Eliteangehöriger nach 1991 signifikant. Sie fand aber nicht nur auf einem niedrigen absoluten Niveau statt, sondern geriet auch in vielen Sektoren ab Mitte der 1990er Jahre ins Stocken. Nach dem vom Autor vorgenommenen Sample von Elitepositionen beläuft sich der Anteil Ostdeutscher heute (2012/2013) insgesamt auf etwa 6-8 Prozent. Dabei reicht die Spanne von ca. 20 Prozent im staatspolitischen Sektor bis unter 1 Prozent in den Sektoren Wirtschaft, Justiz oder Militär. Für diese Dynamik und Situation ist ein Bündel sozialer Ursachen und Mechanismen verantwortlich. Neben fallübergreifenden Gründen (quantitativer Minderheitenstatus, elitäre Selbstreproduktionsmechanismen) tragen vor allem der Modus und Pfad des Vereinigungsprozesses sowie unterschiedliche Typen der Elitenrekrutierung und -zirkulation zur (differenziellen) Marginalisierung Ostdeutscher bei. In Reflexion dieser Gründe, einschließlich bis heute wirksamer kultureller Marginalisierungsursachen, ist eine deutliche Steigerung der

Anzahl Ostdeutscher in den bundesdeutschen Eliten mittelfristig nicht zu erwarten.

Der nachfolgende Beitrag ist der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 gewidmet. In ihm analysiert der Konjunktur- und Ostdeutschlandforscher *Udo Ludwig* die Ursachen dafür, warum der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft seit einem Jahrzehnt kaum mehr vorankommt und sich die Leistungsrückstände der ostdeutschen Wirtschaft verfestigen. Über die seit einiger Zeit diskutierten strukturellen Ursachen für diesen Tatbestand hinweg verortet der Beitrag den „eigentlichen“ Grund für die Stagnation des Aufholprozesses im Verlust des anfangs erzielten Modernisierungsvorsprungs der ostdeutschen Wirtschaft. Ausschlaggebend dafür sind vor allem die aus der Transformation der Zentralplanwirtschaft der DDR hervorgegangenen Eigentümer- und Größenverhältnisse der Produktions- und Dienstleistungsstätten. Diese haben dazu geführt, dass in der ostdeutschen Wirtschaft entschieden zu wenig Innovationen und zu geringe Investitionen realisiert wurden, wodurch Rückstände entstehen, die sich schließlich verfestigen und reproduzieren.

Einen anderen, aber nicht minder wichtigen Aspekt ausbleibender Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert *Ulrich Busch* in seinem Aufsatz zur Vermögensentwicklung in Deutschland seit 1990. Während sich die Ost-West-Relation der wirtschaftlichen Leistungskraft im Zeitverlauf um etliche Prozentpunkte verbessert hat und auch bei den Einkommen eine begrenzte Konvergenz zu beobachten ist, liegt die Vermögensrelation fünfundzwanzig Jahre nach der Vereinigung beinahe unverändert bei nur rund einem Drittel. Die Erklärung dafür wird einerseits in der für eine Vermögensangleichung entschieden zu geringen Konvergenz der Einkommen und der Sparquote gesehen, andererseits aber spiegelt sich hierin auch die Eigendynamik der Vermögen selbst wider. Hinzu kommt, dass die seit den 1980er Jahren stattfindende Polarisierung des Reichtums zu einer Vermögenskonzentration in westdeutschen Regionen geführt hat, während der Osten relativ arm geblieben ist. In dem Beitrag wird gezeigt, dass das West-Ost-Gefälle der privaten Vermögen eine Facette der seit

den 1980er Jahren zu beobachtenden Vermögenspolarisierung darstellt. Da die Vermögensdiskrepanz durch Vererbung auf die nächsten Generationen übergehen wird, ist hier auch für die Zukunft keine Konvergenz zu erwarten. Die deutsche Vereinigung ist daher unter dem Aspekt der Vermögensentwicklung, so erfolgreich sie auf anderen Gebieten auch gewesen sein mag, vorläufig als gescheitert anzusehen: Statt auf Konvergenz trifft man hier auf eine stabile Diskrepanz und auf regionale Divergenzen.

Den Schwerpunkt beschließt ein Beitrag von *Yve Stöbel-Richter, Markus Zenger, Elmar Brähler* und *Hendrik Berth*, der sich mit der Veränderung der Familiengründungsmuster in Ostdeutschland seit 1990 beschäftigt. Unmittelbar nach der Wende (1989) kam es zu einem massiven Geburtenrückgang in den ostdeutschen Bundesländern. Demographen und Sozialwissenschaftler diskutierten auch Tempoeffekte als Ursache und vermuteten, dass sich die reproduktiven Muster relativ rasch an die bestehenden westdeutschen anpassen würden. Auf Basis der 1987 begründeten Sächsischen Längsschnittstudie sowie weiterer empirischer Erhebungen setzen sich die Autorinnen und Autoren mit dieser These kritisch auseinander und zeigen auf, dass und inwieweit sich die Dynamik der Fertilitätsmuster auf Sozialisationsaspekte in der DDR zurückführen lassen. Zum Teil – so das Resümee – ähneln die neuen ostdeutschen Familiengründungsmuster zwar den westdeutschen, etwa hinsichtlich des Aufschiebens von Heirat und Familiengründung. Zugleich zeigen sich aber auch in den jungen Generationen Eigentümlichkeiten, wie der nach wie vor vorhandene starke Wunsch nach Vereinbarkeit von familialen und beruflichen Werten, und Anforderungen, die sich nicht nur von den westdeutschen unterscheiden, sondern die seit den 1980 Jahren erkennbare Veränderungsdynamik in den alten Ländern mit unterstützt haben. Insofern haben wir es hier – wie in anderen sozialen Orientierungs- und Handlungsfeldern auch – mit einer wechselseitigen Beeinflussung und Konvergenz in den letzten Jahrzehnten zu tun.

*Ulrich Busch, Raj Kollmorgen*